
Springer-Lehrbuch

Anne-Christin Mittwoch • Anne Sanders
Hrsg.

Nachhaltigkeit und Wirtschaftsrecht

 Springer

Hrsg.

Anne-Christin Mittwoch
Juristische und Wirtschaftswissenschaftliche
Fakultät
Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg
Halle, Deutschland

Anne Sanders
Fakultät für Rechtswissenschaft
Universität Bielefeld
Bielefeld, Deutschland



ISSN 0937-7433

ISSN 2512-5214 (electronic)

Springer-Lehrbuch

ISBN 978-3-662-70701-2

ISBN 978-3-662-70702-9 (eBook)

<https://doi.org/10.1007/978-3-662-70702-9>

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <https://portal.dnb.de> abrufbar.

Dieses Werk wurde gefördert durch die Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, die Universität Bielefeld und die Streitbürger Stiftung.

© Der/die Herausgeber bzw. der/die Autor(en) 2025

Dieses Buch ist eine Open-Access-Publikation.

Open Access Dieses Buch wird unter der Creative Commons Namensnennung 4.0 International Lizenz (<http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>) veröffentlicht, welche die Nutzung, Vervielfältigung, Bearbeitung, Verbreitung und Wiedergabe in jeglichem Medium und Format erlaubt, sofern Sie den/die ursprünglichen Autor*in(nen) und die Quelle ordnungsgemäß nennen, einen Link zur Creative Commons Lizenz beifügen und angeben, ob Änderungen vorgenommen wurden.

Die in diesem Buch enthaltenen Bilder und sonstiges Drittmaterial unterliegen ebenfalls der genannten Creative Commons Lizenz, sofern sich aus der Abbildungslegende nichts anderes ergibt. Sofern das betreffende Material nicht unter der genannten Creative Commons Lizenz steht und die betreffende Handlung nicht nach gesetzlichen Vorschriften erlaubt ist, ist für die oben aufgeführten Weiterverwendungen des Materials die Einwilligung des/der betreffenden Rechteinhaber*in einzuholen.

Die Wiedergabe von allgemein beschreibenden Bezeichnungen, Marken, Unternehmensnamen etc. in diesem Werk bedeutet nicht, dass diese frei durch jede Person benutzt werden dürfen. Die Berechtigung zur Benutzung unterliegt, auch ohne gesonderten Hinweis hierzu, den Regeln des Markenrechts. Die Rechte des/der jeweiligen Zeicheninhaber*in sind zu beachten.

Der Verlag, die Autor*innen und die Herausgeber*innen gehen davon aus, dass die Angaben und Informationen in diesem Werk zum Zeitpunkt der Veröffentlichung vollständig und korrekt sind. Weder der Verlag noch die Autor*innen oder die Herausgeber*innen übernehmen, ausdrücklich oder implizit, Gewähr für den Inhalt des Werkes, etwaige Fehler oder Äußerungen. Der Verlag bleibt im Hinblick auf geografische Zuordnungen und Gebietsbezeichnungen in veröffentlichten Karten und Institutionsadressen neutral.

Springer ist ein Imprint der eingetragenen Gesellschaft Springer-Verlag GmbH, DE und ist ein Teil von Springer Nature.

Die Anschrift der Gesellschaft ist: Heidelberger Platz 3, 14197 Berlin, Germany

Wenn Sie dieses Produkt entsorgen, geben Sie das Papier bitte zum Recycling.

Vorwort

Nachhaltigkeit ist ein zentrales Thema unserer Gegenwart. Entsprechend wird auch die Rolle des Rechts zur Förderung von Nachhaltigkeit immer mehr diskutiert. Sowohl der europäische als auch der nationale Gesetzgeber sind sehr aktiv, um internationale Verpflichtungen, beispielsweise aus dem Übereinkommen von Paris, umzusetzen. Die notwendige nachhaltige Transformation unserer Gesellschaft in den planetaren Grenzen hat längst das Wirtschaftsrecht erreicht und wird sich in den nächsten Jahren noch verstärken.

Darauf muss sich nicht nur die Praxis, sondern auch bereits die Ausbildung einstellen. Studierende müssen schon jetzt Basiskennnisse zum Thema Nachhaltigkeit und Wirtschaftsrecht erwerben, wenn sie die künftigen Herausforderungen auf diesem Gebiet meistern wollen. Immer mehr Universitäten setzen deshalb richtigerweise die Vermittlung von Nachhaltigkeitsthemen im Recht auf die Agenda.

Das ist jedoch einfacher gesagt als getan. Denn Themen an der Schnittstelle zwischen Nachhaltigkeit und den verschiedenen Gebieten des Wirtschaftsrechts werden bisher als Materien für Expertinnen und Experten wahrgenommen und sind Studierenden nicht ohne Weiteres zugänglich. An dieser Stelle setzt dieses Lehrbuch an. Wir, die Herausgeberinnen, halten an unseren Universitäten Vorlesungen zum Thema Nachhaltigkeit und Recht und stellen dabei immer wieder fest, dass es kaum ein Lehrbuch gibt, das Studierende vorlesungsbegleitend lesen können. Vielmehr müssen jeweils eine Reihe Aufsätze zusammengestellt und es muss auf verschiedene Bücher verwiesen werden. Diese Aufsätze und Bücher setzen aber häufig Wissen voraus, das Studierende noch nicht erworben haben. Die besondere Herausforderung bei der Einbeziehung des Themas Nachhaltigkeit und Recht in die Lehre ist insgesamt, dass es sich um eine komplexe Schnittstellenmaterie handelt, die bereits Wissen aus ganz verschiedenen Rechtsgebieten voraussetzt. Hinzu kommt die Intra- und Interdisziplinarität der Thematik, die verschiedene Rechtsgebiete wie Zivilrecht, Öffentliches Recht und Strafrecht ebenso verbindet wie Wirtschafts- und Nachhaltigkeitswissenschaften.

Was fehlt, ist daher eine Quelle, die Nachhaltigkeitsthemen mit Bezug zu den jeweiligen rechtlichen und außerrechtlichen Grundlagen verständlich darstellt. Auch für Praktikerinnen und Praktiker sind diese Zusammenhänge nicht immer selbstverständlich; Studierende müssen sie noch kennenlernen. Nicht nur bei Studierenden haben wir daher Interesse für ein solches Werk feststellen können, auch aus der Praxis erreichen uns immer wieder Anfragen sowie Interessensbekundungen hinsicht-

lich der Themen und Unterlagen. Auch dort wünscht man sich leichter zugängliche Informationen als ersten Einstieg zu den immer wichtiger werdenden Themen rund um das Recht einer nachhaltigen Wirtschaft. Aus dieser Erfahrung ist im engen Austausch mit unseren Autorinnen und Autoren dieses Buchprojekt entstanden.

Ergebnis ist ein Lehrbuch mit einzelnen Kapiteln, das vor allem fortgeschrittenen Studierenden, aber auch Praktikerinnen und Praktikern eine gut verständliche Einführung in die verschiedenen Nachhaltigkeitsthemen im Wirtschaftsrecht bietet. Die Kapitel können einzeln gelesen, aber auch das Buch im Ganzen durchgearbeitet werden. So lassen sich verschiedene Themen aus dem Kontext Nachhaltigkeit und Wirtschaftsrecht bearbeiten und das Buch mit verschiedenen Lehrveranstaltungen kombinieren. So kann beispielsweise eine Vorlesung zum Aktienrecht mit den Kap. 5 und 6 zu Aktienrecht und Nachhaltigkeit kombiniert werden. Eine allgemein zivilrechtliche Vorlesung, zum Beispiel Schuldrecht BT, kann demgegenüber das Kap. 3 zur Nachhaltigkeit im Bürgerlichen Recht einbeziehen.

Zudem kann das Lehrbuch mit dem Podcast „Irgendwas mit ESG“ kombiniert werden, in dem Themen zu Recht und Nachhaltigkeit mit verschiedenen Gästen verständlich aufbereitet und vermittelt werden.

Die Kapitel des Buches schlagen einen weiten Bogen vom Begriff der Nachhaltigkeit (*Mittwoch*), über das Verfassungs- (*Klimke*) und das Bürgerliche Recht (*Dauner-Lieb*) zum Gesellschaftsrecht (*Mittwoch, Sanders*). Zentrale Themen der Nachhaltigkeitsberichterstattung (*Hommelhoff*) werden ebenso beleuchtet wie die unternehmerischen Pflichten in der Lieferkette, auf die eine straf- (*Schmitt-Leonardy*) und zivilrechtliche Perspektive (*Hübner/Wenzel*) gezeigt wird. Dies macht deutlich, dass die traditionelle Trennung zwischen den Fachsäulen für Wirtschaftsrecht und Nachhaltigkeit von geringer Bedeutung sind; europäische und nationale Gesetzgeber arbeiten mit verschiedenen Regelungsinstrumenten über Fächer Grenzen hinweg. Themen wie Kreislaufwirtschaft und Produktdesign (*Weber*), Lauterkeitsrecht (*Weiler*), Sustainable Finance (*Bueren/Bardhan*) und Kartellrecht (*Bueren*) mögen Studierenden vielleicht neu sein, doch vervollständigen sie das Bild und sind deshalb gerade als Einstieg sehr wertvoll. Klimaklagen (*Meller-Hannich*) sind dagegen regelmäßig Gegenstand der Tagespresse und dürften auch für Examenskandidatinnen und -kandidaten ein wichtiges Thema sein. Schließlich behandelt das Kapitel zu neuen Rechtsformen (*Sanders*) den Bereich der Rechtsvergleichung und Rechtspolitik.

Uns ist bewusst, dass die einzelnen Beiträge jeweils eine individuelle Handschrift tragen. Dies ist unserer Ansicht nach aber eine Stärke des Buches. Denn dadurch verbinden sich verschiedene Blickwinkel verschiedener Expertinnen und Experten, die jeweils die Themen ihrer Kapitel in Forschung Lehre vertreten. Damit zeigen sie den Studierenden verschiedene Perspektiven auf das sich entwickelnde Feld des Rechts der Nachhaltigkeit.

Wir danken diesen Autorinnen und Autoren herzlich für die intensiven Diskussionen und für ihre Beiträge.

Überdies danken wir der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, der Universität Bielefeld und der Streitbürger-Stiftung für die großzügige Unterstützung der Open Access Publikation.

Schließlich danken wir den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern unserer Lehrstühle (Lehrstuhl Mittwoch: Linda Budi, Leonard Elste, Antonio Fischer, Hannes Müller, Leona Rössel, Mika Westphahl, Leah Wetenkamp) (Lehrstuhl Sanders: Neslinur Binici, Nina Berenbrinker, Tim Bühring, Michael Bogdanow, Lara Kayed, Moritz Paresen) für die tatkräftige Unterstützung bei der redaktionellen Vorbereitung der Drucklegung.

Schließlich bedanken wir uns bei unseren Leserinnen und Lesern für Feedback und Anregungen per E-Mail (anne-christin.mittwoch@jura.uni-halle.de und anne.sanders@uni-bielefeld.de) und hoffen, dass Sie von diesem Buch so viele Anregungen und Freude mitnehmen, wie wir beim Lesen, Schreiben und Diskutieren hatten.

Bielefeld, Deutschland
Halle (Saale), Deutschland
im November 2024

Anne-Christin Mittwoch
Anne Sanders

Inhaltsverzeichnis

Kapitel 1 Die Bedeutung der Nachhaltigkeit im Recht. Erläuterung mit interdisziplinären Bezügen	1
Anne-Christin Mittwoch	
A. Nachhaltigkeit und Recht – eine Annäherung	2
I. Nachhaltigkeit und Recht: Erste Gedanken	2
II. Herausforderungen des Nachhaltigkeitskonzepts	2
1. Interdisziplinarität	2
2. Intradisziplinarität	3
3. Mehrebenensystem	4
4. Dynamik und Komplexität	4
B. Die politische Perspektive	4
I. Der Brundtland-Bericht	4
II. Das Drei-Säulen-Modell der Nachhaltigkeit	7
1. Entwicklung	7
2. Probleme	9
C. Die ökonomische Perspektive	10
I. Ausgangspunkt: Ressourcenschonung in der Forstwirtschaft	10
II. Neoklassische Umweltökonomie	11
III. Kritik am Wachstumsparadigma: Ökologische Ökonomie	14
D. Die natur- und sozialwissenschaftliche Perspektive	17
I. Planetare Grenzen	17
II. Soziales Fundament	18
E. Nachhaltigkeit im (Wirtschafts)Recht	20
I. Nachhaltigkeit als Rechtsbegriff	20
II. Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit	21
III. Und die Definition?	25

Kapitel 2 Nachhaltigkeit und Verfassungsrecht	27
Romy Klimke	
A. Einleitung	28
B. Grundrechte und Nachhaltigkeit	29
I. Förderung vs. Gefährdung der Nachhaltigkeit durch die Grundrechte	29
1. Grundrechtliche Förderung der Nachhaltigkeit	30
2. Grundrechtliche Gewährleistung nachhaltigkeitsgefährdender Verhaltensweisen	32
II. Ein Grundrecht auf ein ökologisches Existenzminimum?	35
III. Ein Grundrecht auf Nachhaltigkeit?	36
C. Staatszielbestimmungen, Staatsstrukturprinzipien und Nachhaltigkeit	37
I. Nachhaltigkeit als Staatszielbestimmung?	37
1. Vorüberlegung: Was sind Staatszielbestimmungen?	37
2. Ausgangsbefund: Kein explizites Staatsziel der Nachhaltigkeit	38
3. Nachhaltigkeit und der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen (Art. 20a GG)	38
4. Nachhaltigkeit und das Sozialstaatsprinzip in Art. 20 Abs. 1 GG?	42
II. Nachhaltigkeit und das Demokratieprinzip	44
D. Nachhaltigkeit im sonstigen Verfassungsrecht	46
I. Nachhaltigkeit und das Friedensgebot aus Art. 26 GG	46
II. Nachhaltigkeit und die „Ewigkeitsgarantie“ in Art. 79 Abs. 3 GG	47
III. Nachhaltigkeit und das Finanzwesen	48
E. Unionsrechtliche Überlagerung	50
F. Zusammenfassung: Aktueller Stand des Nachhaltigkeitsverfassungsrechts und mögliche Entwicklungen <i>de constitutione ferenda</i>	51
Kapitel 3 Nachhaltigkeit im bürgerlichen Recht	55
Barbara Dauner-Lieb	
A. Klimawandel als Realität	55
B. Annäherung: Nachhaltigkeit im Privatrecht und durch Privatrecht?	56
I. Zum Diskussionsstand	56
II. Praktische Problemfelder	58
III. Zwischenfazit	61
C. Methodische Fragen	62
I. Regulierung durch Privatrecht?	62
II. Nachhaltigkeitsbezogene Auslegung	64
III. Nachhaltigkeitsbezogene richterliche Rechtsfortbildung	66
D. Der ordnungspolitische Rahmen eines nachhaltigkeitsorientierten Privatrechts	67
I. Ausgangspunkt: Die unsichtbare Hand	67
II. Der marktwirtschaftliche Ordnungsrahmen	68
III. Nachhaltigkeitsorientierung im Rahmen des Informationsmodells	70
E. Das geltende Verbraucherrecht als Problem?	72

Kapitel 4 Kreislaufwirtschaft und Produktdesign	75
Anne-Marie Weber	
A. Grundlagen der Kreislaufwirtschaft	76
I. Definition und Konzepte der Kreislaufwirtschaft	76
II. Kreislaufwirtschaft und Nachhaltigkeit	77
III. Politische Rahmenbedingungen	77
B. Erfassung der Kreislaufwirtschaft im Wirtschaftsrecht	79
I. Kreislaufwirtschaft als Querschnittsmaterie des Rechts	79
II. Regulierung der Kreislaufwirtschaft im Mehrebenensystem	80
III. Das Recht der Kreislaufwirtschaft als Gegenstand der Fachdidaktik	81
C. Nachhaltige Produkte	81
I. Grundlegende Konzepte	81
II. Produktdesign	82
III. Verpackungen von Produkten	84
IV. Produktentsorgung	85
V. Maßnahmen für Schlüsselproduktgruppen	86
1. Elektronik	86
2. Textilien	86
3. Lebensmittel	88
4. Batterien	88
D. Nachhaltiger Konsum	89
I. Grundlegende Konzepte	89
II. Politische Rahmenbedingungen	90
III. Aktuelle Maßnahmen	91
1. Richtlinie zur Stärkung der Verbraucher für den ökologischen Wandel	91
2. Recht auf Reparatur	93
3. Umweltbezogene Angaben	94
Kapitel 5 Nachhaltigkeit im Kapitalgesellschaftsrecht – Grundlagen	97
Anne-Christin Mittwoch	
A. Nachhaltigkeit und Kapitalgesellschaftsrecht	98
I. Die Bedeutung von Unternehmen für eine nachhaltige Wirtschaft	98
II. Gesellschaftsrecht, Corporate Governance und Unternehmensrecht	99
III. Die zentralen Fragestellungen	101
B. Die nationale Perspektive	102
I. Die traditionelle Frage nach Gemeinwohlbelangen	102
1. Die historische Gemeinwohlbindung der Aktiengesellschaft	102
2. Das Unternehmensinteresse	104
II. Die moderne Frage nach Nachhaltigkeitsbelangen	106
1. Nachhaltigkeit im DCGK	106
2. Nachhaltigkeit in der aktuellen Reformdiskussion	108
C. Die europäische Perspektive: Rechtsangleichung durch Richtlinien	109
I. Unternehmensberichterstattung	109
II. Sustainable Corporate Governance Initiative und Lieferkettenregulierung	110

D. Internationale Perspektive	111
I. Prägung durch die US-amerikanische Corporate Governance	
Diskussion	111
II. Shareholder Value und Shareholder Primacy	111
III. Stakeholdermodell und Teamproduktionstheorie	115
IV. Aufklärer oder gemäßigter Shareholder Value	117
E. Fazit	118
Kapitel 6 Kompetenzordnung des Aktienrechts und Nachhaltigkeit mit Blick in die GmbH	121
Anne Sanders	
A. Einführung	122
B. Grundlagen der Kompetenzordnung der AG	123
C. Einwirkung der Nachhaltigkeit auf das Aktienrecht	125
I. Vorstand	125
1. Leitungsermessen und Berücksichtigungspflichten	125
2. Nachhaltigkeitsprägung des Vorstandshandelns über die Legalitätspflicht	127
II. Aufsichtsrat	128
1. Auswahl des Vorstands	129
2. Vorstandsvergütung	130
3. Nachhaltigkeitsberichterstattung	131
4. Grundlagen der Aufgabenerfüllung	131
5. Zusammensetzung des Aufsichtsrats	132
III. Die Hauptversammlung	133
1. Frage- und Stimmrecht	134
2. Entlastung von Vorstand und Aufsichtsrat	134
3. Bestellung von Aufsichtsräten	134
4. Satzungsänderungen	134
5. Say-on-Pay	135
6. Say-on-Climate	135
D. GmbH	140
I. Grundlagen und Unterschiede zur AG	140
II. Einfluss von Nachhaltigkeitsthemen	141
1. Unternehmenszweck	141
2. Kompetenzordnung und Legalitätspflicht	142
E. Ausblick	143
Kapitel 7 Nachhaltigkeitsberichterstattung	145
Peter Hommelhoff	
A. Die schutzbedürftigen Gemeinwohlüter und das Schutzinstrumentarium	147
I. Die Gemeinwohlüter	147
II. Das Schutzinstrumentarium	148
1. Der Berichtsinhalt	148
2. Sonderregeln für kapitalmarktorientierte KMU	149
III. Der Reputationsmechanismus	149

B. Nachhaltigkeitsinformationen im Lagebericht	150
I. Die nichtfinanzielle Berichterstattung nach der CSR-Richtlinie 2014	151
II. Der Nachhaltigkeitsbericht nach der CSRD 2022	152
C. CSRD-Nachhaltigkeitsberichterstattung	153
I. Die berichtspflichtigen Unternehmen	153
II. Die Berichtsadressaten	154
III. Die Berichtsgegenstände	155
IV. Das verdeckte Schutzsystem	156
V. Prüfung und Publizität	157
D. Die Berichtsstandards (ESRS)	158
I. Der ESRS-Entstehungsprozess	159
1. Die „Produktion“ der EFRAG-Stellungnahmen	159
2. Der Arbeitsgang bei der EU-Kommission	160
II. Die „Architektur“ der Berichtsstandards	160
1. Themen-übergreifende Berichtsstandards	161
2. Themen-spezifische Berichtsstandards	161
3. Kritische Würdigung	163
III. Die LSME ESRS	163
E. Berichterstattung nach der TaxonomieVO	163
I. Die Berichtsgegenstände	164
II. Die „key performance indicators“	164
III. KMU im Berichtsschatten	165
F. Gemeinwohlüter-Schutz in der Wertschöpfungskette	166
I. Die Verantwortungskreise	166
II. Berichtspflichten im Konzern und in der Kette	167
1. Im Konzern	167
2. Unternehmen in der Wertschöpfungskette	167
III. Rechtspolitische Einordnung	168
IV. KMU im Berichtsschatten	169
V. VSME ESRS	169
G. Ausblick	170
Kapitel 8 Strafrecht für Nachhaltigkeit?	173
Charlotte Schmitt-Leonardy	
A. Nachhaltigkeit und Wirtschaftsstrafrecht?	173
I. Zukunftssicherung durch Strafrecht?	173
II. Die Rolle des Wirtschaftsstrafrechts?	175
B. Beitrag zur Nachhaltigkeit über die Lieferkette?	176
I. Tradierte Ansätze der Unternehmenssanktionierung	176
1. Nationalstaatliche Perspektive	176
2. Völkerstrafrechtliche Perspektive	179
II. Unternehmensverantwortung in der Lieferkette	180
1. Die sanktionsbewehrten Sorgfaltspflichten des LkSG	181
2. Das „EU-Lieferkettengesetz“	183

III. Kritische Würdigung	184
1. Wird hier Kriminalität sanktioniert?	185
2. Sanktionsdrohung zur transnationalen Horizontalwirkung von Menschenrechten?	189
3. Verletzung des Bestimmtheitsgrundsatzes?	190
4. Wertungswidersprüche?	192
C. Fazit	192
Kapitel 9 Zivilrechtliche Aspekte des Lieferkettenrechts	195
Leonhard Hübner und Clara Ffion Wenzel	
A. Regelungshintergrund: Governance Gaps	196
B. Entstehungsgeschichte	197
I. UNGP als Vorläufer und Referenzdokument	198
II. Von den UNGP zum NAP/vom NAP zum LKSG	198
C. Überblick über das LkSG	200
I. Aufbau des LkSG	200
II. Anwendungsbereich des LkSG	200
III. Überblick über die Sorgfaltspflichten	201
1. Risikomanagement	202
2. Risikoermittlung/-analyse	202
3. Risikoprävention	203
4. Abhilfemaßnahmen	205
5. Der Vorbehalt der Angemessenheit in § 3 LkSG	206
IV. Schutzgüter des LkSG	208
V. Reichweite der Pflichten	209
VI. Anwendungsbeispiel: Zwangsarbeit in der Autoproduktion	210
VII. Überblick über die Durchsetzung	211
VIII. Zwischenergebnis	212
D. Zivilrechtliche Aspekte	213
I. Deliktsrechtliche Haftung	213
II. Relevanz des LkSG für das Vertragsrecht	214
1. Mangelbegriff und Aussagen zum LkSG	214
2. Kontraktualisierung der Sorgfaltspflichten – ein Fall für die §§ 305 ff. BGB?	218
III. Zwischenergebnis	221
E. Lieferkettenregulierung im Mehrebenensystem	221
I. CSDDD	221
II. Draft Treaty Prozess	223
F. Fazit: Lieferketten als hochgradig dynamisches und hochgradig politisches Rechtsgebiet	223

Kapitel 10 Sustainable Finance	225
Eckart Bueren und Justin Bardhan	
A. Einleitung	226
B. Einführung in das Kapitalmarktrecht	228
I. Regelungsgegenstand	228
II. Regelungsziele und Durchsetzung	230
III. Rechtsgrundlagen	232
1. Überblick	232
2. Europäisches Recht	232
3. Nationales Recht	233
C. Sustainable Finance	234
I. Begriff	234
II. Geschichte	235
III. Motive	236
IV. Wirtschaftliche Bedeutung	239
V. Regelungslandschaft	240
VI. Europäischer Rechtsrahmen	241
1. Überblick	241
2. Qualifikation von Nachhaltigkeit: Taxonomie-VO	242
3. Nachhaltige Finanzprodukte	245
4. Nachhaltigkeit in der Anlageberatung: DelVO zu MiFID II	250
5. Bewertung von Nachhaltigkeit: ESG-Rating-VO	251
6. Nachhaltigkeit im Aufsichtsrecht	252
D. Offene Grundfragen	254
I. Ambition versus Praktikabilität	254
II. Berechtigung oder Verpflichtung zu nachhaltiger Anlage	257
III. Haftung für mangelnde Nachhaltigkeit	258
E. Zusammenfassung	260
Kapitel 11 (Neue) Rechtsformen für die Nachhaltigkeit	263
Anne Sanders	
A. Einführung	264
B. Die deutsche Rechtslage de lege lata	266
I. Gemeinnützigkeit	266
II. Die Vielfalt der Rechtsformen in Deutschland	266
III. Zwischenergebnis	268
C. Rechtsvergleichende Umschau	269
I. (Dual)Purpose	270
1. Purpose Bewegung	270
2. Benefit Corporation	271
3. Société à Mission	273
4. Stiftungen	273

II. Sozialunternehmen	274
1. Definition und EU	274
2. Regelungselemente: Zweck, Finanzverfassung und Governance . . .	275
3. Gesellschaftsrecht für Sozialunternehmen	277
4. Genossenschaften und Vereine	278
5. Regelungsregime/Zertifikate	278
D. Reformansätze in Deutschland	279
I. Gesellschaft mit gebundenem Vermögen/Verantwortungseigentum . . .	279
II. Rechtsformzusatz Klimaneutral	281
III. Ausblick	281
Kapitel 12 Klimaklagen	283
Caroline Meller-Hannich	
A. Grundlagen	284
I. Klimaklagen und strategische Prozessführung – ein Missbrauch des Verfahrensrechts?	284
1. Klimaschutz als Aufgabe der Gerichte – Verstoß gegen die Gewaltenteilung?	285
2. Instrumentalisierung einzelner Betroffener mit strategischer Zielsetzung (unterstützt durch NGOs) – Widerspruch zum Zweck des (Zivil-)prozesses und Missbrauch der Justiz?	288
3. „Da kann ja jeder kommen“ – Klage gegen den Nachbarn wegen der dritten Flugreise?	289
II. Die öffentlich-rechtliche Perspektive	290
1. Beschwerdebefugnis	291
2. Private Abwehrrechte, staatliche Schutzpflichten und intertemporaler Freiheitsschutz	292
III. Fokus deliktsrechtliche Klimaklagen	293
B. „Einfallstore“ für Nachhaltigkeit	294
I. (Internationale) Zuständigkeit der Zivilgerichte	295
1. Allgemeiner Gerichtsstand	295
2. Deliktsgerichtsstand	296
3. Klagen gegen drittstaatliche Unternehmen und exorbitante Gerichtstände	297
4. Exkurs: Anerkennung, Vollstreckung und Abwehr ausländischer Entscheidungen	298
II. Die klagende Partei	299
1. Partei- und Prozessfähigkeit, Prozessführungsbefugnis	299
2. Rechtsschutzbedürfnis	301
III. Anwendbares Recht	302
1. Unerlaubte Handlungen – Allgemeine Kollisionsnorm Art. 4 Rom II-VO	302
2. Umweltschäden – Art. 7 Rom II-VO (Ubiquitätsprinzip)	302

IV. Materiell-rechtliche Haftungs-, Kausalitäts- und	
Zurechnungsfragen	303
1. Conditio-sind-qua-non-Formel (Äquivalenz) und Adäquanz	304
2. Scope 1, 2 und 3-Emissionen	306
3. Haftung auf den Schadensbeitrag oder den Gesamtschaden?	307
4. Besonderheiten bei Unterlassungs- und Beseitigungsansprüchen sowie Klagen auf Ersatz von Kosten für die eigene Störungsbeseitigung	308
V. Rechtswidrigkeit: Haftung trotz öffentlich-rechtlicher Erlaubnis?	308
C. Künftige Entwicklungen und Ausblick	310
I. Public vs. private enforcement	310
1. Verlagerung von Verantwortung auf Privatpersonen	310
2. Vorteile und Nachteile	310
3. Gesunder Mix	311
II. Klimaklagen – das halten die Gerichte aus!	312
Kapitel 13 Lauterkeitsrecht und Nachhaltigkeit	313
Frank Weiler	
A. Einleitung	314
B. Nachhaltigkeit und Zwecke des Lauterkeitsrechts	316
I. Bisherige Sicht	316
II. Die Sicht der EmpCo-RL und des Vorschlags für eine Green-Claims-RL	316
C. Der Anwendungsbereich des UWG mit Blick auf Nachhaltigkeitshandeln	317
I. Anforderungen des § 2 Abs. 1 Nr. 2 UWG	317
II. Werbung mit Nachhaltigkeitsaussagen	318
III. Produktion, betriebsinterne Handlungen, Sorgfaltspflichten in der Lieferkette	319
IV. Nachhaltigkeitsberichterstattung	319
D. Anforderungen des UWG an die Werbung mit Nachhaltigkeit	320
I. Der Grundsatz der strengen Beurteilung von Umweltwerbung	320
II. Irreführende Nachhaltigkeitsaussagen (§ 5 Abs. 1 UWG)	321
1. Angaben	322
2. Irreführung	322
III. Vorenthalten wesentlicher Informationen (§§ 5a, 5b UWG)	327
1. Keine allgemeine Pflicht zur Erteilung von Nachhaltigkeitsinformationen	327
2. Wesentliche Informationen bei Werbung mit Klimaneutralität	327
3. Anforderungen an die Informationserteilung	329
IV. Vergleichende Werbung (§ 6 UWG)	330

E. Neue Anforderungen an Umweltwerbung durch die EmpCo-RL	330
I. Einleitung	330
II. Erweiterter Katalog der irreführenden Angaben	330
III. Werbung mit Umweltaussagen	331
1. Der Begriff „Umweltaussage“	331
2. Umweltaussagen über die künftige Umweltleistung	331
3. Allgemeine Umweltaussagen	332
4. Zu weit gehende Umweltaussagen	334
IV. Werbung mit der Kompensation von Treibhausgasen	335
V. Nachhaltigkeitsiegel	335
VI. Wesentliche Informationen bei Vergleichsmöglichkeit	336
VII. Aussagen zur Haltbarkeit und Reparierbarkeit eines Produkts	336
1. Werbeverbot für Waren mit bewusster frühzeitiger Obsoleszenz	336
2. Behauptungen zur Haltbarkeit oder Reparierbarkeit	337
VIII. Betriebsstoffe, Ersatzteile und Zubehör	337
F. Der Vorschlag für eine Green Claims-RL	338
I. Einleitung	338
II. Regelungsüberblick	338
1. Ausdrückliche Umweltaussagen	338
2. Umweltzeichen	339
3. Bewertung	340
Kapitel 14 Kartellrecht und Nachhaltigkeit	341
Eckart Bueren und Jennifer Crowder	
A. Einleitung	342
I. Wettbewerb und Nachhaltigkeit	342
II. Wettbewerbsrecht und Nachhaltigkeit	345
B. Einführung in das Rechtsgebiet	347
I. Regelungsgegenstand	347
II. Regelungsebenen	348
1. Europäisches und mitgliedstaatliches Recht	348
2. Verhältnis der Regelungen zueinander	349
III. Zentrale Bereiche des Kartellrechts	350
1. Kartellverbot	350
2. Missbrauchsverbot	350
3. Fusionskontrolle	352
IV. Ziele des Kartellrechts	353
V. Durchsetzung des Kartellrechts	356
1. Public enforcement: Kommission und nationale Behörden	356
2. Private enforcement	357
C. Wettbewerbsrecht und Nachhaltigkeit	358
I. Legislative Eckpunkte	358
1. Ausnahmereiche	358
2. Auslegung	360

II. Kartellverbot	362
1. Wettbewerbsbeschränkung	362
2. Freistellung vom Kartellverbot	368
III. Missbrauchsverbot	373
1. Missbrauch	373
2. Rechtfertigung	376
IV. Fusionskontrolle	376
1. Untersagungskriterium	376
2. Rechtfertigung	377
3. Ministererlaubnis	379
D. Bewertung und Perspektiven	380
I. Reformüberlegungen in Deutschland	380
II. Rechtsvergleichende Umschau	381
III. Zwei Vorbehalte.	383